

TOP: 16

Fraktionen von SPD und CDU

Lfd.Nr. 397/2015 KT
1. Ergänzung

Alternativantrag zur Kreistagssitzung am 13.02.2015

Alternativantrag der Fraktionen von SPD und CDU zum Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend „Willkommenskultur im Landkreis Marburg-Biedenkopf umsetzen“

Beschluss:

Willkommenskultur leben und gestalten ist ein wesentliches Ziel der Flüchtlingspolitik in unserem Landkreis. Auch die Menschen, die sich hier für die kurze Dauer der Erstaufnahme in Marburg-Biedenkopf aufhalten, sollen Marburg-Biedenkopf positiv erleben.

Damit die geplante Erstaufnahmeeinrichtung in der ehemaligen Ernst-Moritz-Arndt-Kaserne in Neustadt Akzeptanz und Unterstützung in der Region findet, ist es wichtig, dass die Asylbewerber gute Bedingungen vorfinden und die Einrichtung nicht isoliert an den Rand der Gesellschaft gedrängt wird. Vielmehr sollen die Menschen in dieser Einrichtung in unsere Region herzlich aufgenommen werden, damit ein gutes Miteinander und eine gute Nachbarschaft gelebt werden kann.

Deswegen fordert der Kreistag den Kreisausschuss auf, sich bei Land und Bundesamt für Migration dafür einzusetzen,

- dass in der Einrichtung für angemessene und ansprechende Unterkunftsbedingungen gesorgt wird. Dazu gehören auch Möglichkeiten für sportliche Betätigungen sowie Betreuungs- und Spielmöglichkeiten für Kinder. Gerade weil das Leben in einer großen Unterkunft nicht immer einfach ist, sind solche Angebote von großer Bedeutung;
- dass eine intensive sozialpädagogische Unterstützung in der Erstaufnahmeeinrichtung gewährleistet wird. Nach den belastenden Fluchterfahrungen brauchen diese Menschen besonders intensive Unterstützung;
- dass bei Konzeption und Planung von Seiten des Landes intensiv mit der Stadt Neustadt und dem Landkreis Marburg-Biedenkopf zusammengearbeitet wird. Tragfähige Strategien und Konzepte (z.B. für Brandschutz, Sicherheit, Gesundheit, Verwaltung und Verkehr) sind frühzeitig zu entwickeln;
- dass die Bürgerinnen und Bürger jederzeit aktiv und umfangreich über die Einrichtung der Erstaufnahme informiert werden. Transparenz schafft Vertrauen und hilft etwaige Sorgen und Ängste abzubauen;
- dass bei den von Land und BAMF auszuschreibenden Stellen in Verwaltung, sozialpädagogischer Betreuung, Versorgung und Technik die entsprechenden Ausschreibungen in lokalen Medien veröffentlicht werden. Jeder Mensch aus der Region, der in der Erstaufnahmeeinrichtung arbeitet, hilft, die Einrichtung positiv vor Ort zu verankern;
- dass dem Landkreis und der Stadt Neustadt finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden, damit eine professionelle Koordination ehrenamtlicher Aktivitäten organisiert werden kann.

Ehrenamtliche, die sich für die Erstaufnahmeeinrichtung engagieren, ermöglichen Begegnungen und schaffen gegenseitiges Vertrauen;

- dass die Stadt Neustadt und der Landkreis bei der Bewältigung des verwaltungstechnischen Mehraufwandes unterstützt werden. Nur mit (finanzieller) Hilfe lassen sich die sprunghaft ansteigenden Fallzahlen für Melde- bzw. Ausländerbehörde bewältigen;
- dass die Flüchtlinge als Einwohner gezählt werden und die Stadt dafür entsprechende Schlüsselzuweisungen erhält.
- dass bei der Vergabe von Bau-, Versorgungs-, Dienst- und Transportleistungen heimische Unternehmen besonders zu berücksichtigen sind. Wenn heimische Unternehmen in bzw. für die Erstaufnahmeeinrichtung aktiv sind, ist das ein Gewinn für unsere Region.

Begründung:

Voraussichtlich wird das Land Hessen in Neustadt im Frühjahr zunächst eine Außenstelle der Erstaufnahmeeinrichtung mit ca. 300 Plätzen errichten, ab Herbst wird wohl eine Einrichtung für die Erstaufnahme für bis zu 1000 Plätzen einschließlich einer Außenstelle des BAMF entstehen. In dieser Einrichtung werden sich die Menschen durchschnittlich ca. 4-5 Wochen aufhalten, bevor sie in die Landkreise zugewiesen werden.

Angesichts der enormen Überlastung der Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen ist es unverzichtbar, dass neben Gießen auch andere Städte und Landkreise Verantwortung für die Erstaufnahme von Flüchtlingen übernehmen. Deswegen bekennt sich der Landkreis zu dem Ziel, die Errichtung der EAE in Neustadt positiv zu begleiten. Gleichzeitig werden auch notwendige Schritte benannt, die für eine möglichst positive Verankerung der EAE in Stadt und Gesellschaft notwendig sind.

gez. Werner Hesse
SPD-Fraktion

gez. Werner Waßmuth
CDU-Fraktion